

USA gehen Raketen aus

Washington will bereits an Polen verkaufte »Patriots« zurückhaben. Selenskij streitet mit Rheinmetall-Chef Papperger über Drohnenproduktion

Von Reinhard Lauterbach, Poznań

Auf seiten der USA werden im Krieg gegen den Iran offenbar die Flugabwehrraketen knapp. Wie die polnische Tageszeitung *Rzeczpospolita* am Dienstag berichtete, hat Washington deshalb in Polen angefragt, ob dieses bereit wäre, bereits gelieferte und bezahlte Raketenbatterien, und vor allem die Munition dafür, an den Persischen Golf zu schicken. Nach bisherigem Kenntnisstand sind die polnischen Offiziellen nicht begeistert.

Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz erklärte, die Raketen hätten »ihre Aufgabe« beim »Schutz der Sicherheit Polens und der ganzen NATO-Ostflanke« und würden nicht abgegeben. Auch das polnische Präsidialamt, das normalerweise versucht, US-Präsident Donald Trump jeden Wunsch von den Augen abzulesen, lehnte das Ansinnen auf den ersten Blick ab. Raum für Interpretation lässt jedoch die Aussage vom Chef der präsidentialen Kanzlei, Zbigniew Bogucki, wonach Polen »seine Bündnisverpflichtungen gegenüber den USA sehr ernst« nehme. Der Präsident hat jedoch keine Kompetenzen, eine Verlegung der Raketen an die nahöstliche Front anzuordnen.

Von dort brachte der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij eine nach seinen Worten »historische Einigung« mit den Golfstaaten zurück. Er berichtete in seiner täglichen Videoansprache vom Montag, er habe mit diesen ein Abkommen über die gemeinsame Produktion von Abwehdrohnen geschlossen. Einzelheiten nannte Selenskij nicht. Statt dessen lieferte er sich eine Polemik mit dem Rheinmetall-Chef Armin Papperger. Dieser hatte sich in einem Interview mit dem *Wall Street Journal* abfällig über die Qualität der ukrainischen Drohnen geäußert: Sie würden von »Hausfrauen auf dem Küchentisch« mit 3-D-Druckern hergestellt - das sei wie ein Spiel mit Lego-Steinen. Innovation sehe anders aus. Selenskij antwortete mit einem Beinahe-Lenin-Zitat (»Jede Köchin kann den Staat regieren«) wider Willen: Wenn das so sei, dann sei auch jede ukrainische Hausfrau in der Lage, ein Unternehmen wie Rheinmetall zu leiten. Am Dienstag ruderte Papperger zurück und schrieb auf X, er habe nicht die enorme Aufopferung und den Mut der ukrainischen Bevölkerung herabwürdigen wollen.

Die Ukraine setzte unterdessen ihre Drohnenangriffe auf Ziele der russischen Ölverarbeitung fort. Das Terminal im Ostseehafen Ust-Luga bei St. Petersburg wurde in der Nacht zum Dienstag erneut getroffen, ebenso eine Raffinerie im südrussischen Taganrog. Als Antwort griff Russland mehrfach kurz hintereinander zwei wichtige ukrainische Militärflughäfen in den Gebieten

Chmelnizkij und Schitomir westlich von Kiew an. Auf einem von beiden seien nicht nur französische »Mirage«-Jagdflugzeuge zerstört, sondern auch mehrere Dutzend französische Wartungsspezialisten für diese getötet worden. Eine Bestätigung dieser Meldung von ukrainischer Seite lag zunächst nicht vor und ist auch nicht zu erwarten. Von der Intensität der russischen Luftangriffe zeugt aber die Aussage Selenskijs, wonach Russland im März eine Rekordzahl von etwa 3.000 Drohnen und Raketen auf Ziele in der Ukraine abgefeuert habe. Am Boden griffen russische Truppen vor allem östlich von Slowjansk im umkämpften Donbass an und haben nach eigenen Angaben mehrere Dörfer eingekesselt. Das wurde von ukrainischen Militärbloggern indirekt bestätigt.

Angesichts erheblicher Verluste gibt es in der Ukraine offenbar Planungen, auch eine Wehrerfassung von Frauen einzuführen. Sie existiert theoretisch bereits seit Jahren für Frauen in medizinischen Berufen. Zuletzt bekamen aber auch Frauen ohne solche Vorbildung Musterungsbescheide. Die Wehrersatzbehörden stellten dies zwar als »Irrtum der EDV« dar, weigerten sich aber, die Daten der Frauen wieder aus den Registern zu entfernen. Ukrainische Medien schätzten dies als Test ein, wie die Öffentlichkeit auf eine Wehrpflicht für Frauen reagieren würde. Parallel läuft in der Ukraine eine Plakatkampagne, die eine Frau mit Sturmgewehr zeigt, dazu die Parole: »Die Ukraine verteidigen ist Frauensache.« Mehrere Abgeordnete beiderlei Geschlechts haben inzwischen im Parlament einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Rekrutierung von Frauen ausdrücklich verbieten soll.

<https://www.jungewelt.de/artikel/520231.ukraine-und-iran-usa-gehen-raketen-aus.html>